

Preussische Gesetzsammlung

Nr. 4.

Inhalt: Verordnung, betreffend die Reisekosten der bei der Abschätzung von Manöverflurschäden usw. tätigen Staatsbeamten, S. 17. — Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Teil des Bezirkes des Amtsgerichts Dillenburg, S. 18. — Bekanntmachung der nach dem Gesetze vom 10. April 1872 durch die Regierungsamtsblätter veröffentlichten landesherrlichen Erlasse, Urkunden usw., S. 18.

(Nr. 11100.) Verordnung, betreffend die Reisekosten der bei der Abschätzung von Manöverflurschäden usw. tätigen Staatsbeamten. Vom 28. Dezember 1910.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen u.,
verordnen auf Grund des § 17 des Gesetzes, betreffend die Reisekosten der Staatsbeamten, vom 26. Juli 1910 (Gesetzsaml. S. 150), was folgt:

§ 1.

Gehören den auf Grund des Gesetzes über die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden vom 24. Mai 1898 (Reichs-Gesetzbl. S. 361) und der Ausführungsverordnung vom 13. Juli 1898 (Reichs-Gesetzbl. S. 922) gebildeten Abschätzungskommissionen als Kommissare der Landesregierung Staatsbeamte an, auf welche die Bestimmungen der §§ 9 und 11 des Gesetzes vom 26. Juli 1910 keine Anwendung finden, so erhalten sie und ebenso die zu den Abschätzungen als Protokollführer zugezogenen Staatsbeamten außer den bestimmungsmäßigen Tagegeldern:

1. die gesetzlichen Fahrkosten für die Zureise bis zum Orte des Zusammentritts der Abschätzungskommission, für etwaige Reisen beim Übertritte von einer Kommission zu einer anderen und aus einem Abschätzungsbezirk in einen anderen sowie für die Heimreise vom letzten Geschäfts-ort aus;
2. Pauschvergütungen und zwar:
 - a) die als Kommissare der Landesregierung bestellten, im § 1 unter IV des Gesetzes vom 26. Juli 1910 genannten Beamten eine solche von je 6 Mark täglich an den Abschätzungstagen und
 - b) die als Protokollführer herangezogenen Staatsbeamten eine solche von je 4 Mark an den Abschätzungstagen.

Die Pauschvergütung dient als Gesamtentschädigung sowohl für Zurücklegen der Wege auf den einzelnen Feldmarken als auch für etwaige Fahrten zu und von den Nachtquartieren.

§ 2.

Die als Kommissare der Landesregierung bestellten Landräte und Oberamtmänner, welche die Kosten von Dienstreisen innerhalb ihres Amtsbezirkes aus der ihnen gewährten Dienstaufwandsentschädigung zu bestreiten haben, erhalten die im § 1 festgesetzten Gebühren nur dann, wenn der außerhalb ihres Amtsbezirkes liegende Ort des Zusammentritts der Kommission oder des Abschätzungsgeschäfts 2 Kilometer und mehr von der Grenze des Amtsbezirkes entfernt ist.

§ 3.

Die Verordnung, betreffend die Tagegelder und Reisekosten der Staatsbeamten, vom 11. Mai 1895 (Gesetzsamml. S. 183) wird aufgehoben.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichem Insignel.

Gegeben Neues Palais, den 28. Dezember 1910.

(L. S.)

Wilhelm.

v. Dallwitz. Kenke.

(Nr. 11101.) Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Teil des Bezirkes des Amtsgerichts Dillenburg. Vom 22. Februar 1911.

Auf Grund der Artikel 15, 40 der Verordnung, betreffend die Anlegung der Grundbücher im Gebiete des vormaligen Herzogtums Nassau, vom 11. Dezember 1899 (Gesetzsamml. S. 595) bestimmt der Justizminister, daß die zur Anmeldung von Rechten behufs Eintragung in das Grundbuch vorgeschriebene Ausschlussfrist von sechs Monaten

für die ausschließlich im Bezirke des Amtsgerichts Dillenburg belegenen, am 1. Januar 1900 vorhandenen Bergwerke, soweit sie nicht im Bezirke der Gemeinde Dillenburg liegen, sowie für die zugleich in anderen Amtsgerichtsbezirken belegenen Bergwerke Elisenburg, Panorama, Benedikt, Bleiberg III, Kronprinz II, Auguste VIII, Friedrichslust I, Friedrichslust II, Landeskronen I, Sengelborn, Bollmond I, Morgensonne, Gottesseggen II, Unludlichglück, Hellemorgensonne, Altenhain, Blücher IV, Blücher I, Silberblick, Silberseggen, Morgenröthe II, Neufund I, Dern-

bachseite, Emma, Neuehaus, Hüfferszeche, Falkenstein I, Bickelbach, Petersberg, Sedan IV, Antonia, Konradslust, Julius III, Obere Angelburg, Sattel, Weißehölle, Althaus, Theodor, Steinberg, Anna, Richard, Constanze II, Blücher II, Haus-Nassau, Handstein, Schweinboden, Hirschkopf, Friedrichsgrube, Windsack, Dranienstein, Risiko, Hoheluppe, Hermannsberg, Gans, Wilkenbach, Wilhelm, Kupferzeche, Himmelfahrt, Hecker, Mercur, Stirnheckeberg, Eisenzeche, Schelderlanggrube, Wickenhain, Jacobus

am 15. März 1911 beginnen soll.

Berlin, den 22. Februar 1911.

Der Justizminister.

Beseler.

Bekanntmachung.

Nach Vorschrift des Gesetzes vom 10. April 1872 (Gesetzsamml. S. 357) sind bekannt gemacht:

1. der Allerhöchste Erlass vom 19. Dezember 1910, betreffend die landesherrliche Genehmigung der von dem außerordentlichen 50. Generallandtage der Ostpreussischen Landschaft beschlossenen Änderungen des Statuts der Lebensversicherungsanstalt der Ostpreussischen Landschaft, durch die Amtsblätter
der Königl. Regierung zu Königsberg Nr. 2 S. 33, ausgegeben am 12. Januar 1911,
der Königl. Regierung zu Gumbinnen Nr. 2 S. 13, ausgegeben am 11. Januar 1911,
der Königl. Regierung zu Allenstein Nr. 2 S. 9, ausgegeben am 11. Januar 1911, und
der Königl. Regierung zu Marienwerder Nr. 2 S. 31, ausgegeben am 12. Januar 1911.
2. das am 22. Dezember 1910 Allerhöchst vollzogene Statut für die Wiesen-
genossenschaft Remmesweiler in Remmesweiler im Kreise St. Wendel
durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Trier Nr. 3 S. 15, ausgegeben am 21. Januar 1911;
3. das am 22. Dezember 1910 Allerhöchst vollzogene Statut für die Entwässerungsgenossenschaft Rosenau in Rosenau im Kreise Mogilno durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Bromberg Nr. 3 S. 25, ausgegeben am 19. Januar 1911;

4. das am 22. Dezember 1910 Allerhöchst vollzogene Statut für die Drainagegenossenschaft Dorf in Dorf im Kreise Wittlich durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Trier Nr. 3 S. 19, ausgegeben am 21. Januar 1911;
5. das am 22. Dezember 1910 Allerhöchst vollzogene Statut für die Bleckmoor-Weidegenossenschaft in Wulfsbüttel im Kreise Geestemünde durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Stade Nr. 3 S. 17, ausgegeben am 20. Januar 1911;
6. das am 28. Dezember 1910 Allerhöchst vollzogene Statut für die Entwässerungsgenossenschaft Stockheim in Stockheim im Kreise Friedland durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Königsberg Nr. 3 S. 52, ausgegeben am 19. Januar 1911;
7. das am 16. Januar 1911 Allerhöchst vollzogene Statut für die Brodde-Sedßenbach-Genossenschaft in Wendisch Salkow im Kreise Stolp durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Köslin Nr. 6 S. 35, ausgegeben am 9. Februar 1911;
8. das am 16. Januar 1911 Allerhöchst vollzogene Statut für die Drainagegenossenschaft Walsrode in Walsrode im Kreise Fallingb. durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Lüneburg Nr. 5 Beilage, ausgegeben am 3. Februar 1911;
9. das am 16. Januar 1911 Allerhöchst vollzogene Statut für den Ent- und Bewässerungsverband Pr. Rosengart II im Elbinger Deichverbande zu Pr. Rosengart im Kreise Marienburg durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Danzig Nr. 6 S. 49, ausgegeben am 11. Februar 1911;
10. das am 16. Januar 1911 Allerhöchst vollzogene Statut für die Drainagegenossenschaft Weinsheim IV in Weinsheim im Kreise Prüm durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Trier Nr. 6 S. 40, ausgegeben am 11. Februar 1911;
11. der Allerhöchste Erlaß vom 21. Januar 1911, betreffend die Verleihung des Enteignungsrechts an die Landgemeinde Seiferschau im Kreise Hirschberg für den Bau einer Chaussee von Seiferschau über die Kolonie Jungseiferschau bis zur Kreischaussee Altkemnitz-Hermsdorf, durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Posen Nr. 6 S. 41, ausgegeben am 11. Februar 1911.